

Bern, 7. September 2020

Herbstsession 2020: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und vertritt die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstatteleitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Herbstsession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

Corona

Während der Herbstsession entscheidet das Parlament über zahlreiche Geschäfte, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen. Die Abstimmungsempfehlungen dazu werden deshalb nicht einzeln, sondern gebündelt erläutert.

Als Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz steht AvenirSocial in engem Kontakt mit seinen Mitgliedern und Institutionen, die in verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherung tätig sind. Aufgrund der Corona-Pandemie und deren politischen Bewältigung besteht aus Sicht von AvenirSocial die Gefahr, dass gewisse Massnahmen zu Lasten der sozialen Sicherung, ihrer Institutionen sowie der darin Beschäftigten und den Betroffenen selbst gehen. Es gilt deshalb, die Sozialversicherungen in dieser ausserordentlichen Lage zu stärken, um eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern.

Wir empfehlen in diesem Sinne die folgenden Motionen zur **Annahme**:

[20.3761](#) - Verhinderung von Aussteuerungen

Behandlung am Mittwoch, 9. September 2020

[20.3762](#) - Kurzarbeitsentschädigung weiterführen

Behandlung am Mittwoch, 9. September 2020

Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Massnahmen zu deren Bewältigung unterschiedlich auf die Bevölkerung auswirken. Gerade für Menschen, die bereits vor der Krise an der Schwelle zur Armut lebten, sehen sich in der gegenwärtigen Situation grossen Herausforderungen gegenübergestellt. Ausserdem sind Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen stärker von Lohneinbussen betroffen als andere und bedürfen zusätzlicher Unterstützung. Weiter bestand für gewisse Betroffene kein Anspruch auf Entschädigung, was in Zukunft verhindert werden sollte.

AvenirSocial empfiehlt deshalb die folgenden Geschäfte zur **Annahme**.

[20.3410](#) - Die Kurzarbeitsentschädigung soll für Einkommen bis 4000 Franken 100 Prozent des Monatslohns betragen

Behandlung am Donnerstag, 24. September 2020

[20.3423](#)- Es braucht Sofortmassnahmen, um dem Armutsrisiko entgegenzuwirken, das infolge der gesellschaftlichen Krise entstanden ist, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde

Behandlung am Mittwoch, 16. September 2020

[20.3747](#) - Entschädigung für Erwerbsausfall auch für die Eltern und andere Angehörige von Erwachsenen mit einer Behinderung

Behandlung am Mittwoch, 23. September 2020

[20.3912](#) - Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung

Behandlung am Mittwoch, 9. September

*Empfehlung: **Annahme***

Als Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz vertritt AvenirSocial unter anderem Arbeitnehmer*innen mit der Berufsbezeichnung Kindererzieherin/Kindererzieher HF, eine Ausbildung, die insbesondere in der lateinischen Schweiz verbreitet ist. Da sich das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung in den verschiedenen Landesteilen deutlich unterscheidet, ist darauf zu achten, dass auch die Institutionen der lateinischen Schweiz von der Verordnung profitieren können.

[20.3420](#) - Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Behandlung am Mittwoch, 23. September 2020

*Empfehlung: **Annahme***

In der Schweiz leben und arbeiten zahlreiche Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung. Diese können aufgrund ihres Status weder von Lohnersatzmassnahmen, noch von der ordentlichen Sozialhilfe profitieren. Die Motion verlangt vom Bundesrat, eine pragmatische Lösung, um die Organisationen, die sich um Menschen ohne rechtlich geregelten Status kümmern, zu unterstützen.

Bildung

[20.3669](#) - Für ein verstärktes und institutionalisiertes Mitspracherecht der Studierenden

Behandlung am Donnerstag, 24. September 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die Motion verlangt die Änderung des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Hochschulen mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), der die Studierenden sämtlicher Hochschulen vertritt, zu verstärken.

Als Berufsverband mit zahlreichen Mitgliedern in Ausbildung, ist es AvenirSocial ein Anliegen, dass die Studierenden stärker in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Wir empfehlen die Motion deshalb zur Annahme.

Soziale Gerechtigkeit

16.307 - Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen

Behandlung am Dienstag, 8. September 2020

*Empfehlung: **Ablehnung***

Die Standesinitiative des Kantons St. Gallen fordert eine Verschärfung des sogenannten Ausländergesetzes. Zukünftig soll eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung einfacher widerrufen werden können.

AvenirSocial betrachtet das Vorgehen nicht als zielführend. Integration kann keinesfalls durch die Schaffung unterschiedlicher Rechtsgrundlagen für sogenannte Ausländer*innen und Schweizer*innen verbessert werden. Weiter basiert die Initiative auf der Annahme, dass die gegenwärtige Situation durch die Androhung eines Landesverweises verbessert werden kann, was stark bezweifelt wird. Als besonders stossend empfindet AvenirSocial die Erwähnung einer einzelnen, in die Schlagzeilen geratenen Familie, die keinesfalls stellvertretend für alle anderssprachigen Migrant*innen stehen kann.

Kinder und Chancengleichheit

17.412 - Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Behandlung am Mittwoch, 9. September 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die parlamentarische Initiative verlangt die Anpassung des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter Artikel 4, der die Zielgruppe des Gesetzes benennt. Momentan besteht die Zielgruppe gemäss Artikel 4 aus Kindern und Jugendlichen ab dem Kindergarten bis zum 25. Lebensjahr. Ziel der parlamentarischen Initiative ist es, den Anspruch von Geburt an auf alle Kinder auszuweiten. AvenirSocial begrüsst die Anpassung dieses entsprechenden Bundesgesetzes zugunsten der Verbesserung der Chancengleichheit unter Jugendlichen und Kindern.

19.3418 - Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität

Behandlung am Donnerstag, 24. September

*Empfehlung: **Annahme***

Die Motion der Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats verlangt vom Bundesrat in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen.

Chancengleichheit in allen Bereichen ist die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. AvenirSocial erachtet es als erstrebenswert, soziale Ungleichheiten zu verringern und befürwortet deshalb die Kommissionsmotion.

Menschenrechte

20.3143 - Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens

Behandlung am Mittwoch, 23. September

*Empfehlung: **Annahme***

Der Bundesrat wird beauftragt, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Situation auf den ägäischen Inseln substanziell verbessert wird. Zudem soll die Schweiz auch eigene Solidaritätsleistungen ergreifen. Weiter wird der Bundesrat damit beauftragt, sich auf europäischer Ebene für eine Reform des Dublin-Abkommens einzusetzen, hin zu einer gerechteren und gleichmässigeren Verteilung unter Sicherstellung einer menschenwürdigen Behandlung der Flüchtlinge.

AvenirSocial unterstützt diese Motion der Staatspolitischen Kommission zur Verbesserung der Situation für Menschen auf der Flucht und betrachtet dies als einen notwendigen Akt der Solidarität mit besonders vulnerablen Personen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Flavio Steiger
Co-Geschäftsleiter (Stv.)

Tobias Bockstaller
Fachliche Grundlagen